

Rainer Land Transformationen des Kapitalismus

Roosevelt und Obama

Die Geburtswehen der Zukunft sind die Visionen des Philosophen.
Victor Hugo, „Die Elenden“

In einem wichtigtuerschen Interview in der Zeitschrift *Marx 21*, gleich neben der Werbung für die Linkspartei und der Serie „Marx neu entdecken“ von Elmar Altvater, sagt der Linguist Noam Chomsky: „Die Großkonzerne, vor allem aber die Wall Street, sind der Meinung, dass Obama ihre Interessen am besten vertritt. Er wird sie nicht enttäuschen...“¹ Die „Entlarvung“ dieses neuen „Agenten des Finanzkapitals“ wird auf dem Titelbild dieses Revolverblattes zum Bild: ein Totenkopf unter einer Obama-Maske. Man erinnert sich an das Original von John Heartfield auf der Titelseite von *Marianne* am 6. März 1940; damals war der Totenschädel allerdings der von Hitler. Aber was macht das schon – Obama oder Hitler, Clinton oder Bush, Carter oder Reagan, Kohl, Lambsdorff oder Brandt – durch die schwarze Brille des antiimperialistischen Klassenkämpfers sehen alle gleich aus.

Anders dagegen die Sicht von Marx auf Politik und ihre Akteure. „Wir wünschen dem amerikanischen Volk Glück zu Ihrer mit großer Majorität erfolgten Wiederwahl!“, schrieb Marx an den amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln. „Vom Anfang des amerikanischen Titanenkampfs an fühlten die Arbeiter Europas instinktmäßig, dass an dem Sternbanner das Geschick ihrer Klasse hing ... Sie [die Arbeiter Europas] betrachten es als ein Wahrzeichen der kommenden Epoche, dass Abraham Lincoln, dem stark sinnigen, eisernen Sohn der Arbeiterklasse, das Los zugefallen ist, sein Vaterland durch den beispiellosen Kampf für die Erlösung einer geknechteten Race und für die Umgestaltung der sozialen Welt hindurchzuführen.“²

Für Marx war ein amerikanischer Präsident nicht automatisch ein „Agent“ des Kapitals, es kam vielmehr darauf an, welcher Art die von ihm angestrebten „Kompromisse“ zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den Partikularinteressen der Klassen und Gruppen und dem allgemeinen Willen waren und welche gesellschaftliche Entwicklung sie möglich machten – wie Politik die Kämpfe der Zeit aufgriff. Die Politik Lincolns – die Aufhebung der Sklaverei, die im Interesse der Arbeiter lag, aber natürlich auch im Interesse des Industriekapitals – eröffnete neue Felder politischen Handelns auf dem Weg zur Befreiung der Arbeit als dem Kern der menschlichen Emanzipation. Eine Politik ist nicht notwendigerweise reaktionär, wenn sie Interessen der Kapitalverwertung entspricht; sie ist reaktionär, wenn sie besondere Interessen durch die Unterordnung und Zerstörung des allgemeinen Interesses durchsetzt. Im Übrigen gilt dies auch für die Partikularinteressen anderer Akteure, etwa die des Militärs, die ei-

ner Partei oder die einer Gewerkschaft, wenn ihre Durchsetzung gerade die Zerstörung des Allgemeinen bedeutet. Eine progressive Politik eröffnet hingegen neue Entwicklungsmöglichkeiten, bei denen allgemeine und besondere Interessen sich in ihrer Entwicklung wechselseitig stützen.

Genau diese Chance bietet die Politik Barack Obamas, und zwar nicht zuerst, weil Obama ein besonderer Mensch ist, sondern vor allem, weil die Zeit nach dreißig Jahren der Dominanz reaktionärer und regressiver politischer Strategien, die an der Lösung der zentralen Menschheitsfragen (Umwelt, Unterentwicklung, Ungleichheit, Unfreiheit) gescheitert sind, „reif“ ist für eine progressive Wende. Das kann man natürlich nur erkennen, wenn man in der gesellschaftlichen Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts nicht nur fortgesetzte reaktionäre Tendenzen, nicht nur ständige „Verschärfung der Widersprüche“ und „Zunahme der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ sieht, sondern eine Dynamik sozialer Evolution, die auch starke progressive und emanzipatorische Tendenzen einschloss und zur Geltung brachte und die prinzipiell auch die Möglichkeit emanzipatorischer Entwicklungen einschließt.

Der Aufstieg Obamas in den USA war phänomenal: Am Anfang schien er chancenlos, aber interessant, seine Rhetorik wurde gelobt, der Inhalt schien offen. Die Vorwahlen begannen „Kopf an Kopf“, dann aber wuchs und wuchs die Unterstützerbewegung auf ganz ungewohnte Weise. Die durch Obamas Team medial gut organisierte, motivierte und eingebundene Basisbewegung sammelte mehr Geld, als die ansonsten entscheidenden Spenden aus der Wirtschaft einbrachten – und sie widerlegte die Diagnose irreversibler Politikverdrossenheit.

Die Wahl zum Präsidenten war knapp, aber eindeutig. Und mitten in die medialen Unkenrufe hinein – nach der Wahl werde man sehen, dass Obama kein Wunderknabe sei, im harten politischen Alltag werde er sich die Hörner abstoßen, er könne, wenn überhaupt, nur sehr wenig und ganz langsam etwas ändern, die meisten Hoffnungen würden bald enttäuscht sein – begann eine unglaubliche Serie politischer Aktionen, nicht immer fehlerlos, aber immer offen, klar und reflektiert, in einem Tempo und mit einer Zielgerichtetheit, wie sie die Welt lange nicht mehr gesehen hatte und wie sie die meisten Politologen in den sklerotischen westlichen Demokratien für schlechterdings unmöglich gehalten hatten.

Man kann nicht alle Szenen dieses „Theaters der Zeit“ hier aufzählen; das Stück hat ja gerade erst angefangen, und man weiß nichts über den zweiten und dritten Akt, nichts über den Schluss. Es begann mit der Aussetzung der Guantánamo-Verfahren gleich nach der Inauguration, ging weiter mit der

Durchsetzung diverser Wirtschaftspakete gegen die Finanzkrise, darunter der geschickte Schachzug, bei der Durchsetzung des US-Konjunkturpaketes nicht nur auf die internen Verhandlungen mit dem Kongress zu setzen, sondern mit Reisen nach Florida, Indiana und Denver die Öffentlichkeit zu mobilisieren und die Republikaner im Kongress unter Zugzwang zu bringen. Es folgten Positionen zur moralischen und finanziellen Verantwortung der Manager und der Vermögenden, denen institutionelle Regelungen folgen werden, internationale Verhandlungen zur Re-Regulierung der Weltwirtschaft und des Weltfinanzsystems wurden begonnen, und schließlich ist die außenpolitische Offensive zu nennen im Hinblick auf die EU und die Dritte Welt, ebenso wie die Suche nach einem Neuanfang im Verhältnis zur islamischen Welt, das Konzept einer atomwaffenfreien Welt und der Neubeginn von Abrüstungsverhandlungen, die neue Perspektive auf Kuba und die Änderung der Lateinamerikapolitik, die Veröffentlichung von Folterdokumenten und die Offensive zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in den USA.

Ein zentraler Punkt kommt meist zu kurz. „Hoffnungsschimmer in der Klimapolitik: In den USA geht an diesem Dienstag eine von US-Präsident Barack Obama einberufene internationale Klimakonferenz zu Ende“, meldet die Presse am 28. April 2009. Sieht man sich die entsprechende Website³ des Weißen Hauses an, wird bald klar, dass es nicht nur um Klimapolitik als besonderes Politikfeld geht, sondern um die Energiewende als industrielle Revolution, als Schlüssel zu einem neuen Konzept der Verbindung von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung, um den Weg, der aus der Weltwirtschaftskrise führen soll. Natürlich wurde diese politische Orientierung nicht ohne die Vorbereitung durch die amerikanische Umweltbewegung und die Mitwirkung von Al Gore möglich.

Jedenfalls waren es nicht Desillusionierung und Enttäuschungen, die nach den ersten 100 Tagen das Bild bestimmten,⁴ vielmehr wuchs und wuchs und wuchs die Zustimmung auch unter denen, die Obama nicht gewählt hatten, und es entstand etwas, das es lange nicht gegeben hatte: Hoffnung. Auch in Deutschland könnte eine Obama-Partei, wenn sie möglich wäre, derzeit die SPD und die Linkspartei in arge Bedrängnis bringen. Aber sogar in Teheran erzählten Jugendliche dem Fernsehreporter, wie sehr sie hoffen, mit Obama würden Frieden und ein besseres Leben im Iran möglich.

Dies alles könnte man als Hinweis auf eine Zeitenwende nehmen. Denn ohne eine veränderte Wahrnehmung der eben krisenhaften Entwicklung der letzten Jahre wäre Obama nicht Präsidentschaftskandidat der Demokraten geworden, und ohne eine Veränderung der Sichten und Deutungen in der Bevölkerung, ohne die wachsende Einsicht vieler Menschen in das Scheitern der Politikstrategien des Neoliberalismus hätte er die Wahlen nicht gewinnen können.

Dem Sinnverlust setzte Barack Obama andere Deutungen und Be-Deutungen entgegen, die über geschickte mediale Strategien verbreitet wurden. Dabei ging es aber um etwas anderes als um flotte Sprüche oder hohlen Budenzauber. „Was Obamas Kritikern sein vager, rein rhetorischer Wahlkampfstil zu sein scheint, ist aus dieser Perspektive gerade seine Stärke. Man muss kein Dichter sein, um zu erkennen,

dass Worte eine einzigartige Macht haben, eben weil sie eine gemeinsame Welt der Bedeutung schaffen, in der sich die Individuen in die Lage versetzt sehen, gemeinsam zu handeln“, so Dick Howard in *Berliner Debatte Initial* (Heft 1/2008, S. 118).

Mit Obama ist eine neue Deutung, eine andere Perspektive, eine neue Agenda politikfähig geworden, und sie kann – wenn es gutgeht – Ausgangspunkt für eine neue Art und Weise der Bearbeitung der Krisen und Konflikte heutiger Gesellschaften werden, der Beginn einer Umorientierung. Niemand wird behaupten können, dies sei schon sicher oder gar unumkehrbar. Abraham Lincoln wurde kurz nach seiner Wiederwahl ermordet. Groß ist die Gefahr, dass die neue politische und geistige Basis zerbröckelt, wenn partikuläre Interessen die Oberhand bekommen. Demagogen, Populisten und Ideologen verschiedenster Art arbeiten daran, Obama zu Fall zu bringen, und sie haben wenig Skrupel. Es kann alles schiefgehen – aber es kann auch gelingen.

Der New Deal als Transformation des Kapitalismus

Ein Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass die moderne kapitalistische Gesellschaft zwar ambivalente Entwicklungen und gegensätzliche Entwicklungsrichtungen eingeschlagen hat, aber eben durchaus nicht nur reaktionäre und regressive. Zwar setzten sich in den dreißiger Jahren in Europa konservative oder sogar reaktionäre Entwicklungen als Reaktionen auf die Weltwirtschaftsdepression durch, und sie hätten in einer Katastrophe enden können. Aber es gab auch eine andere Entwicklungslinie.

Die progressive Neuverfassung der Moderne in der Mitte des 20. Jahrhunderts begann in den USA. Konstitutiv für die Herausbildung eines neuen Kapitalismusmodells, das ich hier „Teilhabekapitalismus“ nenne, war der New Deal des großen amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Mit welchen Maßnahmen versuchte die neue amerikanische Politik des New Deal aus der Krise zu kommen?

Die Gewerkschaften erhielten eine feste rechtliche Grundlage, ein formelles Streikrecht wurde eingeführt. Kinderarbeit wurde verboten. Eine staatliche Rente und eine Arbeitslosenversicherung wurden eingeführt, für Industriearbeiter Mindestlöhne festgesetzt. Die Arbeitszeit wurde auf eine 40-Stunden-Woche verkürzt, ein freiwilliger Arbeitsdienst für die Aufforstung und Bodenverbesserung wurde organisiert. Zur Belebung der Wirtschaft wurden 122 000 öffentliche Gebäude, eine Million Kilometer Straßen, 77 000 Brücken und zwanzig Staudämme gebaut.

Die landwirtschaftliche Produktion wurde reduziert, um den Farmern rentable Preise zu ermöglichen, Mindestpreise für Agrarprodukte wurden festgelegt. Der New Deal beinhalten zudem die staatliche Überwachung der Börsen, Privatbesitz von Gold und Silber wurde verboten (von 1933 bis 1974). Ein Steuersystem mit niedrigen Sätzen für Arme und hohen Sätzen für Reiche wurde eingeführt.

Ein „New Dealer“, wie sich John Kenneth Galbraith (1908–2006) selbst bezeichnet, vermittelt in seinen Büchern die Atmosphäre jener Zeit und beschreibt das Entstehen und Geschehen dieser politischen Wende. „Weder die Wirtschaftspolitik noch die Volkswirtschaftslehre würde jemals wieder

die gleiche sein wie vorher. Niemand, der diesen Umschwung gesehen und erlebt hat, hat jemals dieses Leuchten vergessen. Wir haben der Schöpfung beigewohnt ... Ein Vertreter der Handelskammer ... fand, daß ähnliche Maßnahmen den Niedergang des Römischen Reichs verursacht hätten. In Wahrheit aber dürfte es schwerfallen, eine Maßnahme zu nennen, die mehr dazu beigetragen hat, die Zukunft des Kapitalismus zu sichern.⁴⁵

Dieser neue Weg einer progressiven sozialen Veränderung des Kapitalismus musste im harten Kampf gegen die alten Interessen erzwungen werden. Roosevelt sagte am 31. Oktober 1936 in einer Rede im Madison Square Garden: „Wir kämpfen seit vier Jahren erbittert gegen die Feinde dieses Friedens. Wir kämpfen gegen die Hochfinanz- und die Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten, gegen die Klassenspaltung, den Partikularismus und gegen die Kriegspoliteure. Sie alle hatten sich daran gewöhnt, die amerikanische Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich wie von der Mafia regiert zu werden. Jetzt lassen sie mich, und ich begrüße ihren Hass. In meiner ersten Amtszeit haben die Kräfte des Egoismus und der Gier in mir einen gleichwertigen Gegner gefunden. In meiner zweiten Amtszeit werden sie in mir ihren Bezwinger finden.“⁴⁶

Der wirtschaftliche Erfolg des New Deal, der sich erst einige Jahre später – etwa ab 1938 – einstellte, basierte auf der Kombination eines neuen technisch-ökonomischen mit einem neuen sozial-ökonomischen Modell. Das technisch-ökonomische war die fordistische Massenproduktion, die *economy of scale* und das dazugehörige Muster industrieller Forschung, Entwicklung, Produktion und Nutzung der Natur. Das sozial-ökonomische war die Teilhabe der Arbeiter an der wirtschaftlichen Entwicklung in Form steigender Einkommen, wachsenden Konsums und besserer sozialer Absicherung: die *produktivitätsorientierte* Lohnpolitik und der Wohlfahrtsstaat. Das ökonomische Regulativ war die Koppelung der Lohnentwicklung an die Produktivität, und mehr oder weniger auch der Sozialeinkommen an die Löhne.

Allerdings waren die Wirkungen des New Deal zunächst sehr begrenzt. Erst seine Kombination mit dem bis dahin größten kreditfinanzierten Investitionsschub aller Zeiten – ausgelöst durch den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg und den Beginn der Kriegsvorbereitungen – brachte den Auftakt zur längsten und umfassendsten Phase wirtschaftlicher Entwicklung im Kapitalismus von 1941 bis 1975, während der es nur kleine und kurze Krisen bei insgesamt hohen Raten der Produktivitäts- und Einkommensentwicklung gab. Denn infolge dieses Investitionsschubs boomte nicht nur die Rüstungsindustrie – die Löhne stiegen in bis dahin ungeahnte Höhen, und dem Boom der Rüstungs- und Investitionsgüterindustrie folgte ein noch größerer Boom der Konsumgüterindustrie. Der Krieg führte in den USA nicht zu einer Politik des „Gürtel-enger-Schnallens“; im Gegenteil. Die USA versorgten auch Großbritannien, lieferten Rüstungs- und Investitionsgüter, Lebensmittel und Konsumgüter an die Sowjetunion und versorgten nach Kriegsende halb Europa wie nebenher mit.

Dieser sozioökonomische Typus „TeilhabeKapitalismus“ wurde nach 1945 auf Deutschland und Japan übertragen, und er

setzte sich in verschiedenen Varianten in allen entwickelten kapitalistischen Industriestaaten durch. Gerade die sozialstaatliche Komponente wurde in Europa, insbesondere in Skandinavien und in Deutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg noch wirksamer ausgebaut, während in den USA Teile der begonnenen sozialen Regulationen des New Deal in den fünfziger Jahren nicht weiter ausgebaut, einige sogar wieder eingeschränkt wurden. Das Wirtschaftswunder war immer zugleich ein Konsumwunder, das auch nach dem Krieg und bei erheblich geringeren Rüstungsausgaben weiter funktionierte. Die Entwicklung von Varianten dieses Typs in Skandinavien und Japan zeigt, dass Teilhabekapitalismus nicht notwendig auf eine Kriegs- und Rüstungswirtschaft angewiesen war.⁷

Neuverfassung des Sozialen und Einstieg in einen neuen Industrialisierungs- und Investitionszyklus bedingten sich gegenseitig, die Formel lautete: Massenproduktion und Massenkonsum, Kapitalverwertung und Teilhabe der Lohnarbeit am wachsenden Reichtum. Man kann diese auf den Konsum und die Risikoabsicherung beschränkte Form der „Teilhabe“ spießig und borniert finden; und sie muss selbstverständlich aus heutiger Sicht kritisiert werden. Sie schloss gerade *keine* Mitbestimmung über die Entwicklungsrichtungen von Technik und Technologie, über die Arbeitsbedingungen, die inhaltliche Gestaltung der Konsumwelten und *keine* umfassende Beteiligung an Bildung und Kultur ein, sie war *nicht* mit einem inhaltlich reichen und neuen Verständnis von Demokratie und Individualität verbunden, und sie beendete *nicht* die Benachteiligung der Frauen und andere Formen der sozialen, rassischen, religiösen oder sexuellen Diskriminierung. Und sie war auf die entwickelten kapitalistischen Länder beschränkt, die damals nur wenig zur Überwindung der Unterentwicklung in der Dritten Welt beitrugen.

Die Kulturrevolutionen der sechziger und siebziger Jahre waren die faktische Kritik einer bornierten, bloß konsumtiven Perspektive auf Teilhabe. Aber diese Kritik setzte gerade voraus, dass Teilhabe über Erwerbsarbeit, Erwerbseinkommen und Konsumtion nach dem Zweiten Weltkrieg zum anerkannten und allgemeinen Maßstab geworden war. Dies war nie zuvor der Fall, auch nicht in den zeitgleichen Alternativen zum New Deal: Faschismus, Nationalsozialismus oder Stalinismus. Diese haben die Subsumtion der Lohnarbeit unter das Kapital durch gewaltsame Formen unfreier Arbeit verstärkt; der New Deal hat hingegen einen Prozess der Emanzipation der Lohnarbeit institutionalisiert und beschleunigt, der mit der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts begonnen hatte. Auch der nachstalinistische Staatssozialismus hat es trotz anfänglicher Erfolge in der nachholenden Industrialisierung nicht vermocht, eine wenigstens dem Teilhabemodell des Nachkriegskapitalismus entsprechende Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung zu gewährleisten – von weitergehenden Emanzipationsinhalten ganz abgesehen.⁸

Konnten neue soziale Bewegungen in den sechziger und siebziger Jahren das ökologische Problem, die Unterentwicklung in der Dritten Welt und die bornierten Grenzen allgemein menschlicher Emanzipation in den entwickelten Ländern auf die politische Agenda setzen, so deshalb, weil die Transformation des Kapitalismus während und nach dem

Zweiten Weltkrieg die alte Unterordnung der Lohnarbeit unter das Kapital aufgehoben hatte. Erst mit dem Ende der „Disziplin des Hungers“ (Lenin) und einer gewissen sozialen Sicherheit konnte die Beschränkung der Lebensperspektive der Lohnarbeiter auf das bloße *Überleben* überwunden werden. Erst mit der Teilhabe am wachsenden sachlichen Reichtum konnte eine evolutorische Perspektive auf das eigene Leben gewonnen werden, eine Sicht auf die ständige Verbesserung des Lebens, die Möglichkeit einer von der Gegenwart unterschiedenen Zukunft für sich selbst und die eigenen Kinder, konnte *Leben als Entwicklung der Individualität* gedacht und die Frage nach der Vielfalt menschlicher Emanzipation universell aufgeworfen werden. Man kann die Bedeutung der mit dem New Deal begonnenen und nach dem Zweiten Weltkrieg verbreiteten Transformation des Ausbeutungskapitalismus in einen Teilhabekapitalismus nicht überschätzen. Noch die Grenzen dieser Transformation waren Ausgangspunkt für die sozialen Bewegungen und Entwicklungen, welche die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die möglichen und nötigen neuen Entwicklungsrichtungen der Weltgesellschaft prägen.

Neben den angesprochenen emanzipatorischen Grenzen des Teilhabekapitalismus, der Frage nach einem universellen und offenen Bild freier Entwicklung der Individuen ohne Diskriminierung, besteht eine immanente Grenze in der Regulation der industriellen Massenproduktion, welche wirtschaftliche Entwicklung auf der Basis endlos steigender Produktivität der Erwerbsarbeit ermöglicht, aber eben keine systematische Entwicklung der Ressourceneffizienz einschließt. Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg hat daher den bis dahin größten Schub wirtschaftlicher Entwicklung um den Preis explosiv zunehmender Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durchgesetzt. Der steigende Verbrauch nicht erneuerbarer Energien und Rohstoffe und die Zunahme der Emissionen bilden die Grenze dieses Typs wirtschaftlicher Entwicklung – und diese Grenze wurde in den siebziger Jahren global spürbar. Die Ölkrisen, die steigenden Energie- und Rohstoffpreise, die veränderten *Terms of Trade* und die sich daran anschließenden Veränderungen des Weltwirtschaftssystems (Ende des internationalen Währungssystems von Bretton Woods, Gründung der OPEC u. ä., der Beginn einer langjährig depressiven Lage der Weltwirtschaft mit deutlich geringeren Raten der Produktivitätsentwicklung) markieren den Niedergang des fordistischen Teilhabekapitalismus.

Seit den siebziger Jahren kann die Verwertung des Kapitals global nicht mehr durch steigende Gesamteffizienz der industriellen Produktion erreicht werden, weil die positiven Skaleneffekte der steigenden Produktivkraft der Arbeit durch die negativen Skaleneffekte der Naturnutzung (Energie, Rohstoffe, Emissionen) durchkreuzt werden. Damit sind aber auch die Bedingungen für die dynamische Vermittlung des Widerspruchs von Kapital und Lohnarbeit durch Teilhabe, durch steigende Produktivität, steigende Löhne, steigende Einkommen, wachsenden Konsum und soziale Sicherheit immer weniger gegeben.

Kapitalverwertung war nicht mehr, oder doch immer weniger, durch Produktivitätsentwicklung möglich, sondern nur noch auf drei anderen Wegen: Erstens durch Umvertei-

lung zulasten der Bevölkerung, also durch partielle Rücknahme des Teilhabepinzips, der produktivitätsorientierten Lohnpolitik und des Sozialstaats – somit der Voraussetzungen, auf denen der Erfolg des Nachkriegskapitalismus beruhte. Zweitens durch Standortwettbewerb, Umverteilung zulasten der Konkurrenten, zulasten anderer Länder, anderer Standorte, anderer sozialer Gruppen, verwirklicht insbesondere im Modell des Wettbewerbsstaates, mit dem das Nachkriegsmodell komparativer Vorteile im Handel mit fordistischen Massenproduktionsgütern und den dafür benötigten Investitionsgütern und Rohstoffen zerstört wurde. Eingeschlossen war die systematische Zerstörung des dazugehörigen Weltfinanzsystems, beginnend mit dem Ende des Bretton-Wood-Modells 1971 bzw. 1973. Drittens schließlich durch eine Verselbständigung der Verwertung des Finanzkapitals, der Herausbildung eines Finanzmarktkapitalismus, dessen Wirkung in einer Umverteilung des realen Bruttoinlandsprodukts zulasten der Allgemeinheit und zugunsten erfolgreicher Finanzmarktakteure besteht, vor allem aber in der zeitlich befristeten Fiktion eines monetären Wachstums, eines Wachstums des Geldkapitals, hinter dem keine entsprechende realwirtschaftliche Entwicklung steht.

Neue Entwicklungspfade

Der Weg der fortgesetzten Deregulierung des Finanzsystems und der Sicherung der Kapitalverwertung durch Aufblähung des Geldkapitalumschlages musste zu Finanzkrisen führen, bis hin zu der gegenwärtigen – darüber sind sich nach Ausbruch der Krise alle einig. Klar ist, dass alle drei Wege das Problem der Grenzen des fordistischen Typs wirtschaftlicher Entwicklung nicht lösen konnten, sondern nur zugunsten bestimmter Partikularinteressen hinausgeschoben haben. Die Situation ähnelt derjenigen der dreißiger Jahre – man denke an die oben zitierte Rede Roosevelts. Die seit den achtziger Jahren eingeschlagene Linie von Reagan und Thatcher, die nach zögerlichen Schritten der Kohl-Lambsdorff-Genscher Regierung in Deutschland erst mit der SPD-Regierung der Agenda 2010 einen verspäteten Höhepunkt fand, geht derzeit dem Ende entgegen.

Zweierlei ist inzwischen erwiesen. Erstens, der Druck auf den Lohn und der Abbau sozialer Teilhabe verbessert zwar die Kapitalgewinne, aber nur, indem die allgemeine Entwicklung untergraben und die Lage der Bevölkerung verschlechtert wird. Spätestens mit dem Zusammenbruch der globalen Finanzsysteme in der Weltfinanzkrise seit 2008 wurde zudem klar, dass diese Art des auf Partikularinteressen bezogenen *Rational Choice* auch für die Kapitalverwertung kein gangbarer Weg ist. Derzeit kann das System der Kapitalverwertung überhaupt nur durch die Unterstützung aus der Staatskasse und nur mit Zustimmung der Öffentlichkeit erhalten werden – damit ist der kurze Traum des Neoliberalismus ausgeträumt, Kapitalverwertung könne auf Kosten der Lohnarbeit und gegen Gemeinwohl und Öffentlichkeit gewährleistet werden.

Zweitens, es gibt keine Alternative zu einer grundlegenden Sanierung, zu einem weitgehenden Umbau des Industriesystems, zu einer weltweiten Neu- und Reindustrialisie-

rung auf der Basis energie- und ressourceneffizienter und umweltkonsistenter *neuer* Industrien. Dies ist ein Pfad, der sowohl in den industrialisierten Ländern gegangen werden muss (Umbau der fordistischen Massenproduktion und der alten Industrien auf der Basis neuer, umweltkompatibler, zuweilen auch umweltkonsistent genannter industrieller Prinzipien) als auch in den Entwicklungsländern beim Aufbau einer modernen Wirtschaft durch nachholende Industrialisierung, die eben nicht Nachbau des überkommenen Industriesystems sein kann. Nur auf diesem Weg aber ist es möglich, das Modell einer auf Teilhabe beruhenden Entwicklung des Kapitalismus wiederherzustellen und daran eine weitergehende kulturelle Emanzipation der Arbeit anzuschließen. Der Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung wäre kein Weg aus der Krise, denn er würde den Status quo nur festschreiben. Die bis heute gegebenen und ohne einen anderen Typ von Industrie unlösbaren Umweltprobleme würden weiter bestehen und den Tod der heutigen Menschheit zur Folge haben. Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung würde bedeuten, auf die neuen und künftigen Technologien zu verzichten, mit denen Umweltzerstörung vermieden und die schon bestehenden Umweltprobleme wenigstens nach und nach repariert werden könnten.

Auch der immer wieder geforderte Verzicht auf Wachstum wäre keine Lösung. Der einmal beschrittene Pfad des Bevölkerungswachstums wird frühestens 2050 zu einer Stabilisierung der Weltbevölkerung bei neun bis zehn Milliarden Menschen führen (derzeit knapp sieben Milliarden). Verzicht auf wachsende Produktion von Lebensmitteln, Konsumgütern und Dienstleistungen hätte zur Folge, dass Jahr für Jahr pro Kopf immer weniger verbraucht werden müsste, die Menschen der entwickelten Länder also erheblich mehr abgeben müssten, als die Menschen in der Dritten Welt hinzugewinnen. Am Ende litten alle Not. Die einzige Alternative sind andere Konsumgüter und andere Verfahren ihrer Herstellung, ist eine neue Kombination von Entwicklung und Wachstum – eine wirtschaftliche Entwicklung, bei der eine wachsende Produktion mit sinkendem Ressourcenverbrauch (Energie, Rohstoffe und Emissionen) einhergeht und eine umweltkompatible Industrie entsteht. Wenn ein solcher Pfadwechsel gelänge, hätte dies weltwirtschaftlich einen Entwicklungsschub und einen Investitionsboom zur Folge, der mindestens demjenigen gleichkäme, welcher zur Entstehung des fordistischen Teilhabekapitalismus geführt hat. Die politische Agenda von Barack Obama kann Ausgangspunkt eines neuen Entwicklungspfades werden.

Die globale Energiewende ist heute der Schlüssel zu einem neuen Entwicklungs- und Industrialisierungspfad, weil nur damit die Bewegung hin zu einem neuen Umgang mit *allen* Ressourcen, Rohstoffen und Emissionen, mit der Natur überhaupt, erlernt und technologisch bewältigt werden kann. Es geht hier um einen global zu vollziehenden Pfadwechsel – nationale oder auch multinationale Entwicklungen reichen nicht aus. Dabei gilt es auch, einen auf komparativen Vorteilen basierten Weltmarkt und ein passfähiges neues globales Finanzsystems aufzubauen, also das Gegenüber der Wettbewerbsstaaten zu beenden, die Casinos der Spekulanten zu schließen und die Investitionen in den Aufbau eines neuen umweltkompatiblen Weltenergiesys-

tems zu lenken. Vorteile nutzen, bei denen potenziell alle Teilnehmer am Wettbewerb profitieren (jedenfalls die Summe aller Gewinne größer ist als die aller Verluste), das bedeutet heute vor allem, nach Strategien einer globalen Energiewende zu suchen, bei denen die Lösung der Energiefrage für die nachholende Entwicklung (also der Ausbau des Energiesystems in China, Indien, Lateinamerika und Afrika) und der Umbau der Energiesysteme in den entwickelten Industrieländern als zwei Seiten einer Medaille, als eine gemeinsame Aufgabe in Angriff genommen werden. Energie- und Emissionsfragen dürfen nicht länger durch Abwälzung der Lasten auf andere gelöst werden.

Bis vor wenigen Monaten waren die USA – jedenfalls ihre alte Regierung und große Teile ihrer Unternehmen und Finanzmarktakteure – der Garant dafür, dass ein politischer Paradigmenwechsel, der längerfristig auf den evolutionären Pfad eines anderen Industrialisierungsmusters und einer anderen sozioökonomischen Konfiguration führt, nicht erfolgt. Aber nun ist ein „Wunder“ geschehen. In wenigen Monaten hat sich das Blatt gewendet. Man weiß zwar nicht, wie es enden wird, aber immerhin gehören zu der Agenda des neuen Präsidenten Barack Obama alle drei Kernelemente, die nötig wären, um auf einen neuen Pfad industrieller und sozioökonomischer Entwicklung einzuschwenken. Sie deuteten sich bereits im Wahlkampf an, sind klarer geworden in der Agenda des Weißen Hauses im Januar 2009 und finden sich wieder in der Politik zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise seit Februar 2009. Die Notwendigkeiten, unter großem Zeitdruck die Rezession in den USA zu begrenzen und deren soziale Folgen abzufedern, haben – ganz anders als in Deutschland – nicht zu einer Aufweichung bei der Suche nach einer neuen Strategie geführt, sondern die Orientierung auf einen neuen industriellen und sozioökonomischen Entwicklungspfad eher verstärkt.

Es geht um diese drei Komponenten:

- erstens die Wiederherstellung des sozialen Prinzips der Teilhabe und seine Erweiterung auf bislang ausgeschlossene Gruppen im Inland und in den benachteiligten Regionen der Welt;
- zweitens die Etablierung eines neuen Prinzips wirtschaftlicher Entwicklung, wofür die Energiewende den Schlüssel darstellen kann;
- drittens den Übergang zu einem neuen Prinzip der Außenpolitik und der Weltwirtschaftspolitik, bei dem es nicht darum geht, die eigenen Interessen zu vergessen oder zurückzustellen (wer so messen würde, müsste feststellen, dass Obamas Politik nach wie vor Interessenpolitik ist, aber etwas anderes kann Politik auch nicht sein), sondern darum, die eigenen Interessen durch Kooperation, Verständigung und Ausgleich mit anderen Interessen zu verfolgen, also *Positivsummenspiele* in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik zu suchen.

Obamas große Leistung ist es heute schon, die Notwendigkeit einer Überwindung der Wirtschaftskrise nicht länger gegen das soziale Prinzip zu kehren, die Notwendigkeit einer Erneuerung des Sozialen nicht gegen die Energiewende ins Feld zu führen, und auch die Erneuerung Amerikas nicht als Argument gegen, sondern für eine auf Kooperation und Verständigung beruhende Weltordnung zu verwenden.

- 1 Um zu dieser Feststellung zu kommen, benötigte der allwissende Chomsky keine politikwissenschaftliche Analyse, und er brauchte auch nicht abzuwarten, was Obama nach dem Amtsantritt wirklich tat. Was Obama ist, konnte Chomsky ohne jede Empirie aus einem Prinzip, dem des Klassenkampfes, „ableiten“. Schumpeter schrieb 1918 über diese Spielart des Marxismus: „Er bietet dem Jünger einen festen Standpunkt zu allen Erscheinungen der Zeit, einen Ruhepunkt im zerklüfteten und zerfahrenen Geistesleben der Gegenwart: Von uns allen hat nur der Marxist eine bestimmte, einheitliche, klare Theorie aller Erscheinungen der Zeit, während alle anderen sich ihre Standpunkte in jedem einzelnen Fall mühsam zusammensuchen müssen.“ (Joseph A. Schumpeter: Karl Marx, der Denker. In: Beiträge zur Sozialökonomik, Wien 1987, S. 92.)
- 2 Karl Marx an Abraham Lincoln, geschrieben zwischen dem 22. und 29. November 1864. In: Der Social-Demokrat, Nr. 3. vom 30. Dezember 1864.
- 3 http://www.whitehouse.gov/agenda/energy_and_environment/
- 4 100 Tage Präsident Obama – und keine negative Schlagzeile? Doch: Obamas Flugzeug flog zu tief. „Die Air Force One von US-Präsident Barack Obama hat New York in Angst und Schrecken versetzt“, meldet Welt Online (28. April 2009, <http://www.welt.de/vermischtes/article3637995/Obama-laesst-Tiefflugueber-New-York-entschuldigen.html>). Und ein Leser kommentiert: „Der Obama-Lack beginnt zu bröckeln, in großen Stücken.“ Na endlich hat der reaktionäre Klüngel ein richtig tolles Top-Thema, um Obamas Scheitern zu verkünden!
- 5 John K. Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Ein Augenzeuge berichtet, Hoffmann und Campe, Hamburg 1995, S. 116f.
- 6 <http://history.sandiego.edu/gen/text/us/fdr/1936.html>
- 7 Vgl. Galbraith zu Schweden, a.a.O., S. 135f.
- 8 Ausführlicher vgl. Rainer Land: Staatssozialismus und Stalinismus. In: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann: Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Dietz Verlag, Berlin 1996.

THEATER OSNABRÜCK

Premieren Schauspiel 2009/2010

SPIELTRIEBE 3 – Festival für zeitgenössisches Theater

vom 4. bis 7. September 2009

MISSION: LONDON DSE Alek Popov

FRAGILE! DSE Tena Štivičić

GOTT IST SCHÖNHEIT DSE Kristian Smeds

ORANGENHAUT DSE Maja Pelević

MEINE SEELE ANDERSWO UA José Manuel Mora

SHAKESPEARE IS DEAD – GET OVER IT! DSE Paul Pourveur

DIE REISE INS INNERE DES ZIMMERS DSE Michał Walczak

FAHRRADFAHREN FÜR MALAWI DSE Nathan Vecht

A(I)RH+ DSE Nicoleta Esinencu

APOCALYPSO DSE Jibbe Williams

TITANIC-ORCHESTER Hristo Boytchev

www.nachtkritik-spieltriebe3.de

SCHAUSPIEL

DER KLEINE VAMPIR	Angela Sommer-Bodenburg	11.10.09
BIRDS	UA Juliane Kann	17.10.09
JULIUS CÄSAR	William Shakespeare	24.10.09
MARIA STUART	Friedrich Schiller	25.10.09
BEZAHLT WIRD NICHT!	Dario Fo	12.12.09
HIER UND JETZT DE	Roland Schimmelpfennig	29.1.10
FELIX NUSSBAUM UA	Christoph Klimke	30.1.10
KATZELMACHER	Rainer Werner Fassbinder	21.3.10
DIE KATZE AUF DEM HEISSEN BLECHDACH	Tennessee Williams	27.3.10
START- UND LANDEBAHN (Arbeitstitel) UA	David Richter/Dirk Laucke	16.5.10
KRACH IN CHIOZZA	Carlo Goldoni	22.5.10

OSKAR – Junges Theater Stadt und Land Osnabrück

IN 80 TAGEN UM DIE WELT	Jules Verne/Jürgen Popig	20.11.09
DER DICKSTE PINGVIN VOM POL	Ulrich Hub	29.11.09
KIWI	Daniel Danis	6.3.10
OMAS GANZES GELD DSE	Ulf Nilsson	24.4.10

Karten 0541/76 000 76

www.theater.osnabrueck.de



THEATER
OSNABRÜCK